

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2018-08-27

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE
Telefon: (03 85) 5 45 29 57

**Antrag
Drucksache Nr.**

01539/2018

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Zeit für Alternativen – Vorhaben Videoüberwachung Marienplatz einstellen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

- Die Beschlussfassung zu Punkt 1 der Drucksache 00882/2016 wird aufgehoben. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich mit dem Innenministerium bezüglich möglicher Alternativen zur Videoüberwachung, z.B. durch die Einrichtung einer Wache am Marienplatz zu verständigen.
- Darüber hinaus soll er die im Zuge der bisherigen Entwicklung entstandenen Kosten darstellen und zu den im Punkt 2 der Drucksache 00882/2016 beschlossenen Maßnahmen, wie dem Einsatz von Straßensozialarbeitern und der verstärkten Präsenz von KOD Mitarbeitern und den dadurch erzielten Effekten berichten.

Begründung

20 Monate nach der Mehrheitsentscheidung der Stadtvertretung für eine Videoüberwachung des Marienplatzes ist diese noch immer nicht realisiert. Wegen technischer Probleme mussten bereits montierte Kameras wieder abmontiert werden. Laut Innenministerium muss europaweit neu ausgeschrieben werden, mit einem Ergebnis ist frühestens zum Jahresende zu rechnen. Unabhängig davon, wie man das Instrument der Videoüberwachung politisch bewertet, ist das Projekt in den Augen der Öffentlichkeit gescheitert. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sprechen ganz offen von einer Provinzposse und fordern anstelle von Kameras die dauerhafte Anwesenheit von Polizei. Immer wieder wird diesbezüglich gegenüber der Antragstellerin die Einrichtung einer Marienplatzwache, z.B. in den Räumlichkeiten des ehemaligen Geschäftes der Firma Photo Dose angeregt. Diese würde dem Sicherheitsempfinden eher Rechnung tragen und darüber hinaus die Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamten verbessern.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender